
Kampf gegen den Regenbogen

Wie eine autoritäre Internationale gegen queere Menschen mobil macht

Für Queers hat sich in den zurückliegenden drei Jahrzehnten in Deutschland viel zum Besseren verändert. Aber dieser zivilisatorische Fortschritt ist gefährdet. Weltweit gibt es autoritäre Bewegungen, die erfolgreich gegen sexuelle Diversität mobilisieren. Gerade in Afrika treiben evangelikale Netzwerke mit Zentrum in den USA den Backlash voran.

Von KLAUS LEDERER

Es ist wieder Pride-Saison. Das ist die Zeit, in der queere, also nicht-heterosexuelle und gender-nonkonforme Menschen mit ihren solidarischen Verbündeten für queere Rechte und Sichtbarkeit auf die Straße gehen. Diese Mobilisierungen waren erfolgreich: Was vor nicht allzu ferner Zeit noch als abnorm und abstoßend galt, auch rechtlicher Repression unterlag, gehört heute zu einer von der Mehrheit akzeptierten Bandbreite sexuellen Begehrens und sexueller Orientierungen. Die Abschaffung des Paragraphen 175, der sexuelle Handlungen zwischen Männern unter Strafe stellte, die Öffnung der Ehe, die Anerkennung eines diversen Geschlechtseintrags und auch das Selbstbestimmungsgesetz haben unser Leben positiv beeinflusst. Gewiss, die vollständige sexuelle und geschlechtliche Emanzipation ist das nicht. Aber rechtliche Gleichheit auch für Queers ist ohne Zweifel ein großer zivilisatorischer Fortschritt und notwendige Voraussetzung dieser Emanzipation.

Mittlerweile erscheint vielen in Deutschland das Erreichte selbst als neue Normalität. Dabei droht in Vergessenheit zu geraten, dass uns nichts davon geschenkt wurde. Queer kämpfte, wie schon »lesbisch« und »schwul«, gegen die als unterdrückend erkannte herrschende zweigeschlechtliche und heteronormative Ordnung, die sich als die natürliche und ewige Norm des menschlichen Zusammenlebens ausgab und oft genug noch immer ausgibt. Die Bewegung eignete sich solche als Verhöhnung und Schimpfworte gebrauchte Fremdetikettierungen wie gay und queer an, machte sie zur Waffe gegen das Korsett vermeintlicher Normalität. Mit jedem errungenen Anerkennungsschritt büßten die Begriffe allerdings etwas von ihrer provokanten Radikalität ein. So markiert queer heute vor allem Zugehörigkeit und ist in mancher aktivistischen Szene selbst schon zur identitären Norm geronnen.

Die Geschichte queerer Emanzipation wird hierzulande oft als stetiger Fortschritt bis in die Gegenwart erzählt, als abgeschlossene Erfolgsstory. Wo viele For-

KLAUS LEDERER, geb. 1974 in Schwerin, Dr. jur., parteilos, ist queerpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und war von 2016 bis 2023 Senator für Kultur und Europa. Im März 2026 erschien sein Buch »Queerpolitik im Handgemenge« im Querverlag.

derungen der Bewegung an eine Reform des Rechtssystems erfüllt sind, bedarf es scheinbar kollektiver radikaler Devianz nicht mehr. Sie hätte sich damit quasi erschöpft, weil gesiegt. Der Weg ist frei für die individuelle Selbstverwirklichung, für Queerness als Lifestyle oder für eher leise, konformistische Biografien in einer Gesellschaft, die vielleicht nicht wirklich queer sein mag, doch Normabweichungen bei sexuellem Begehren oder geschlechtlicher Identität in gewissem Maß zu tolerieren scheint. Es entlastet, endlich den »Minderheitenstress« los zu sein, sich nach Jahrzehnten des Versteckens als akzeptierter Teil der Mehrheitsgesellschaft sehen und fühlen zu können.

Fortschritt und Regression

Aber diese Fortschrittserzählung stimmt so nicht. Sich auf ihr auszuruhen, vermittelt falsche und trügerische Sicherheit. Der Blick in die Geschichte zeigt: Regression und Fortschritt können durchaus gleichzeitig stattfinden. Vermutlich ist das sogar eher die Regel als die Ausnahme. Dass heute auch CDU-Mitglieder am CSD (Christopher Street Day) die Regenbogenfahne hissen, sollte nicht als ungeteilte gesellschaftliche Akzeptanz queeren Lebens missdeutet werden.

Viele Parlamentsentscheidungen zur Anerkennung queerer Rechte in den letzten zwanzig Jahren haben nachvollzogen, was Bundesverfassungsgericht und Europäischer Gerichtshof ihnen auferlegt hatten. Immer gab es politische Blockaden, vor allem vonseiten der Union. Und es ist längst nicht alles erledigt. Das Abstammungsrecht diskriminiert noch immer queere Familien, das Gewaltschutzrecht Queers, die keine Frauen sind. Das Selbstbestimmungsgesetz, das Transrechte anerkennt, scheint vielen Konservativen ein regelrechtes Sakrileg zu sein. Auch der Widerstand in der konservativen »Mitte der Gesellschaft« gegen die ausstehende Ergänzung des Gleichheitsartikels des Grundgesetzes¹ um die Merkmale Sexualität und Geschlechtsidentität zeigt: Die rechtskonservativen Teile der Gesellschaft tun sich mit jedem Öffnungsschritt gegenüber Lebensrealitäten schwer, die der Heteronorm zuwiderlaufen. Sorgen und Belange queerer Menschen führen sie vor allem im Mund, wenn sie sich gegen andere marginalisierte, insbesondere gegen migrantische Gruppen instrumentalisieren lassen.

Die rechtliche Anerkennung queerer Menschen ist also kaum das Ende der Geschichte, sie erscheint mehr denn je als fragiler Status quo. Weltweit stehen queere Rechte unter Druck. In vielen Ländern auf dem Globus verfolgt eine gut vernetzte Internationale der Autoritären eine ähnliche Agenda und arbeitet am Ausbau ihres Einflusses. Wir sehen das in der Türkei, die jüngst zur nationalistischen Selbstvergewisserung »traditionelle« hierarchische und heteronormative Geschlechterverhältnisse rechtlich sakralisiert hat.

In Indien schaffte die hindunationalistische Parlamentsmehrheit im März 2026 das fortschrittliche Recht geschlechtlicher Selbstbestimmung ab. Belarus' autoritär regierender Staatschef Lukaschenko verkündete im April 2026 ein Gesetz »zum

1 Bisher lautet die entsprechende Passage im 3. Artikel: »Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.« Am 26. September 2025 hatte der Bundesrat bereits eine Ergänzung um das Merkmal »sexuelle Identität« beschlossen, im Bundestag zeichnet sich aber die erforderliche Zweidrittelmehrheit zurzeit nicht ab, weil die CDU/CSU-Fraktion einem entsprechenden Antrag nicht zustimmen will.

Schutz traditioneller Werte« nach russländischem Vorbild. Es bestraft »Propaganda« für Homosexualität, Geschlechtswechsel und Kinderlosigkeit, drängt Queers in die Unsichtbarkeit. In Polen und Ungarn war bis vor Kurzem und in Italien ist gegenwärtig zu besichtigen, wie regierende autoritäre Rechte auf dem Rücken queerer Menschen ihre Ideologie der Ungleichheit vorantreiben.

Putins Russland als Role Model, Trumps USA im harten Backlash

Wladimir Putins Russland ist in vielerlei Hinsicht *role model* der repressiven Dynamik. Nach dem Zerfall der Sowjetunion mit ihren rigiden Sexualnormen herrschte vor allem in russischen Metropolen zeitweise ein relativ offenes Klima. Strafrechtlich verfolgt wurden Queers nicht. Ihnen bot sich mit den neuen digitalen Plattformen auch die Chance, sich kennenzulernen und zu vernetzen. Es entstand eine vitale queere Szene. Nach den Protesten zur Präsidentschaftswahl 2012 erkannte und nutzte das Regime das Potenzial, mit queerfeindlicher Mobilisierung die Opposition zu spalten. Damit begann ein schleichender Prozess, der erst Absonderung und Ausgrenzung queeren Lebens bewirkte und mittlerweile in umfassende Feindmarkierung und radikale Verfolgung mündete. Heute gilt Queerness nicht nur als unerwünschtes, »fremdes« Sozialverhalten, sondern als fundamentale Gefahr für die gesamte russische Gesellschaft.

Das Regime verbot 2013 zunächst »LGBT-Propaganda« gegenüber Minderjährigen, um »russische Werte« und »Familientraditionen« zu verteidigen und »Kinder zu schützen«. Diese »Traditionen« fanden 2020 Eingang in Russlands Verfassung, die die Ehe als Beziehung von Mann und Frau festschreibt. Zwei Jahre darauf wurde der »Schutz vor Homopropaganda« altersunabhängig ausgeweitet. Da Tatbestände im russischen politisierten Justizsystem kreativ eingesetzt werden, entwickelte sich daraus sukzessive die umfassende Kriminalisierung queerer Sichtbarkeit und Lebensweisen. Seit der Ukraine-Vollinvasion 2022 zogen sich viele Digitalplattformen aus Russland zurück, wurden zensiert oder der Zugang zu ihnen erschwert. Das Regime betreibt

seitdem die umfassende Kontrolle digitaler Kommunikation. Auf Zerstörung physischer Integrität und der Schutzräume queerer Menschen folgt die Vernichtung ihrer organisatorischen Netzwerke: Am 30. November 2023 erklärte das Oberste Gericht »die internationale LGBT-Bewegung« zur extremistischen Organisation. Seitdem hagelt es Verbotsverfahren gegen die queeren Organisationen der Solidaritäts- und Menschenrechtsarbeit.² Queere Menschen leben versteckt, in Angst vor Denunziation und Übergriffen, auch aus dem engen Lebensumfeld. Der Bundesregierung reicht allerdings »queerfeindlichen Repressionen ausgesetzt zu sein« nicht aus, um einen Asylanspruch in Deutschland zu begründen. »Da muss noch etwas mehr kommen«, so die Parlamentarische Staatssekretärin im Innenministerium, Daniela Ludwig.³

»Russlands Oberstes Gericht erklärte ›die internationale LGBT-Bewegung‹ zu einer extremistischen Organisation.«

2 Vgl. Vera Bessonova, LGBTQIA+ in Russland. Ein weiterer Schlag mit der Extremismuskeule, taz.de, 28.4.2026.

3 Stenografisches Protokoll des Deutschen Bundestages, 21. Wahlperiode, 6. Sitzung, 21.5.2025, S. 417.

In den USA nahm besonders in Donald Trumps zweiter Amtszeit eine vergleichbare Dynamik Fahrt auf, vollzieht sich aber ungleich rascher. Hatte die Biden-Administration queere Rechte noch ausgeweitet, radikalisierten sich konservative und reaktionäre Politiken damals vor allem bei den Republikanern und ihrem Umfeld, neokonservativen und Alt-Right-Kreisen, ihren Medien und Thinktanks und republikanisch regierten Bundesstaaten. MAGA und »Pro-Family«-Strukturen definieren sich, wie Russlands Regime, identitär, als legitime und notwendige Verteidigung der »ursprünglichen, natürlichen« Gesellschafts- und Geschlechterordnung, die gegen äußere, zersetzende Bedrohung zu verteidigen sei. Gender-nonkonforme Lebensweisen sind besonders im Visier.

Bibliotheken entfernten der Queerfreundlichkeit verdächtige Literatur, und die Trump-Regierung strich Mittel zur medizinischen Versorgung von trans Menschen. Museen entfernten die Werke von Queers aus ihren Ausstellungen, die US-Streitkräfte entließen sie. In Idaho droht trans Personen seit März 2026 Haft beim Besuch einer öffentlichen Toilette. Die neue Anti-Terror-Strategie der US-Regierung zielt seit 6.

»Die MAGA-Bewegung definiert sich, wie Russlands Regime, als Verteidigerin der ›natürlichen‹ Geschlechterordnung.«

Mai 2026 auf Bekämpfung der »radikalen pro-transgender-Ideologie«. Und am 21. Mai 2026 votierte schließlich das Repräsentantenhaus auch mit einigen demokratischen Stimmen für ein Gesetz, das queeres Leben als »Genderideologie« sanktioniert.

Zum Glück gibt es dagegen organisierten Widerstand. Die Bedingungen sind dafür in den USA weitaus besser als in Russland. Aber der brachiale Kreuzzug, den

Trump und Co. entfesselt haben, hat viele queere aktive Netzwerke überrascht und überfordert. Trotzdem organisieren sie sich für queere Rechte.

Wenig Hilfe ist hingegen vom mit großer Mehrheit rechtskonservativ besetzten Obersten Gericht zu erwarten. Erst am 31. März 2026 kippte es mit acht gegen eine Stimme das Verbot von Konversionstherapien an Minderjährigen in Colorado - als Verstoß gegen die Meinungsfreiheit! Bei diesen »Therapien« kommen Methoden wie Elektroschocks, die Einnahme von Hormonen oder exorzistische Riten zum Einsatz, um die sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität von homosexuellen oder queeren Jugendlichen zur angeblich natürlichen Norm »umzupolen«. Derartige Behandlungen, die ein UN-Bericht von 2020 teils als Folter einstuft hat und die oft schwere psychische Folgen haben, sind in etlichen demokratisch regierten Bundesstaaten bislang noch verboten.

Während Moskau die digitale Infrastruktur direkt beherrscht, verschiebt in den USA die neue Verbindung politischer Macht mit Big-Tech-Konzernen und -Ideologien die Kräfte zuungunsten solidarischer, kollektiver Verteidigungspraktiken in demokratischen Räumen. Algorithmen und Inhaltsmoderationen der digitalen Plattformen befeuern affektive Polarisierungen. Das wirkt sich infolge der globalen Reichweite der Plattformen auch hier aus. Es ist auch schwerer, positive oder gar erfolgreiche Beispiele organisierter Gegenwehr zu teilen. Die Bewegungen in den USA, die MAGA-Welterklärungsmustern folgen, sind zum harten Backlash gegen Queers entschlossen. Autoritär-populistischen Bewegungen in Lateinamerika, wo viele Staaten

auf Rechtskurs sind, fahren ähnliche queerfeindliche Kampagnen und fühlen sich von den Entwicklungen in den USA ermutigt.

Afrika: Erneuter Import kolonialer Normen

Eigentlich sollten es progressive Menschen leicht haben, sich zu diesen globalen Tendenzen laut, klar und gemeinsam zu positionieren. Aber auch in sich als links verstehenden und queeren Milieus wird den erkämpften und gefährdeten Errungenschaften oft Geringschätzung entgegengebracht, wenn sie nicht gar als eine neue repressive »homonationalistische« Norm denunziert werden. Solchen antiaufklärerisch, kulturessenzialistisch und vermeintlich postkolonial argumentierenden linken Queers gelten »westliche Freiheiten« als Problem an sich. Ihrer Lesart zufolge sind sie nicht Ergebnis emanzipatorischer Kämpfe, sondern Teil des sinistren Plans, rassistische Politiken und ökonomische Abhängigkeiten moralisch zu legitimieren, »pink anzupinseln«. Wer sie verteidige, schaue »mit kolonialem Blick« auf Gegenden in der Welt, wo etwa Schwule an Baukränen hängt oder von Hochhäusern gestoßen werden. Universelle Menschenrechte? Nichts weiter

als ein Trick »der Mächtigen« zur Absicherung überkommener Machtverhältnisse. »Der Westen« steht pauschal für Unterdrückung. Menschen in den Ländern »des Globalen Südens« werden als homogene, unterdrückte Kollektive imaginiert, auf die sich hier unerfüllt gebliebene revolutionäre Hoffnungen projizieren lassen.

Wer die Welt so sieht, muss sich um Lage und Handlungsmacht der Subjekte und Kollektive vor Ort nicht scheren. Dabei zeigt ein Blick auf die Verbindungen zwischen den USA und einigen afrikanischen Staaten mit aufgrund kolonialer Missionsarbeit hohem Bevölkerungsanteil christlichen Glaubens exemplarisch, wie emanzipationsfeindliche Strategien globalisiert zusammenfinden. Human Rights Watch zufolge liegt fast die Hälfte der Länder, die Homosexualität bestrafen, in Afrika.⁴ In Somalia, Mauretanien und Teilen Nigerias steht auf Homosexualität sogar die Todesstrafe. Diese Gesetze sind Relikte des Kolonialismus, europäische Eroberer und Missionare hatten sie im Gepäck. In jüngerer Zeit ist auch in als »liberal« und demokratisch geltenden Staaten Afrikas queerfeindliche Politik auf dem Vormarsch. Ob in Ghana, Namibia, Uganda, Tansania oder Kenia – überall sollen nun »afrikanische Werte« geschützt werden. Kenias Präsident Ruto begründet die absurde Verkehrung kolonial-historischer Verhältnisse so: »Unsere Kultur, unsere Traditionen, unser christliches und islamisches Erbe erlauben es nicht, dass ein Mann einen Mann heiratet und eine Frau eine Frau.«⁵

In Uganda gilt seit 2023 eines der schärfsten Gesetze, das für manche Fälle von Homosexualität die Todesstrafe vorsieht. Das Parlament beschloss es mit nur einer Gegenstimme des mutigen Abgeordneten und Menschenrechtsanwalts Odoi-Oywelowo. Es trifft auch Heterosexuelle: Von Vermietern verlangt es, queere Men-

»Auch in als demokratisch geltenden Staaten Afrikas ist queerfeindliche Politik auf dem Vormarsch.«

4 Bernd Dörries, Afrika. Wo Homosexuellen Haft oder gar Hinrichtung droht, sz.de, 23.3.2023.

5 David Renke und Henry Wasswa, Klima der Angst. Neue Welle der Queerfeindlichkeit in Afrika, queer.de, 29.7.2023.

schen aus ihrer Wohnung zu werfen, von Unternehmen, sie zu kündigen, von allen, sie zu denunzieren. Es ist eine Blankovollmacht für Mobbing und Terror gegen Queers. Seitdem haben vielfach lebensgefährliche und auch tödliche An- und Übergriffe auf Menschen, die nicht der Heteronorm genügen, drastisch zugenommen.

Ugandas Beispiel könnte Schule machen. In Ghanas und Kenias Parlamenten orientiert man sich daran. Erst jüngst erfuhr die Dynamik in Senegal neuen Schub. Im März beschloss das Parlament im zweiwöchigen Schnellverfahren bei drei Enthaltungen ein Gesetz zum Verbot »widernatürlicher Handlungen«. Es verdoppelt die Strafen für Homosexualität und erklärt die »Förderung und Finanzierung von Homosexualität« zur Straftat. Die Abgeordnete Bâ der Regierungspartei Pastef jubelte im

Parlament unter Beifall: »Homosexuelle werden in diesem Land nicht mehr atmen können. Homosexuelle werden in diesem Land keine Meinungsfreiheit mehr haben.«⁶ Pikant: Manchen europäischen Linken gilt Senegals 2024 gewählter Präsident Faye, der das Land von neokolonialen Abhängigkeiten befreien will, als linker Hoffnungsträger. Die taz titelte damals: »Der Traum

»Die beschworenen »afrikanischen« Werte sind ein erneuter Import aus dem Westen.«

von Afrikas Linken lebt.«⁷ Es ist Fays Pastef, die das Gesetz angeschoben hat. Es gilt als Markstein zur Verfolgung des größeren Ziels, »senegalesische Werte« gegen »den Westen« hochzuhalten, als kraftvolles Aufbegehren gegen »Neokolonialismus« und »kulturellen Imperialismus.« So verschlingt Fays »Flamme des Patriotismus« nun die nichtheterosexuellen Menschen Senegals. Anders als im Fall Ugandas ist Kritik daran hierzulande bislang rar.

Die beschworenen »afrikanischen Werte« sind, wie Uganda zeigt, ein zeitgenössischer, erneuter Import aus dem Westen. Bereits seit den 1980er Jahren ist das Land, nach der brutalen Diktatur Idi Amins, von einer schweren HIV-Epidemie getroffen, im Agitationsfokus evangelikaler Netzwerke mit Schwerpunkt und Zentrum in den USA. Ihr Programm entspricht weitgehend der Ideologie anderer fundamentalistisch-religiöser und säkularer nationalistisch-autoritärer Akteure: Heteronorm und Geschlechterhierarchie. Es entspricht dem, was MAGA meint, was aus der AfD zu hören ist, was Putin, Meloni und Erdoğan sowie islamistische Bewegungen oder christlich-konservative Milieus propagieren: Queers als Bedrohung der Gesellschaftssubstanz, der traditionellen Familie und der Sicherheit von Kindern, weshalb sie hart zu unterdrücken seien.

Laut Open Democracy sind zwischen 2007 und 2020 mehr als 50 Mio. US-Dollar aus den USA für Kampagnen gegen Rechte für Queers, Sexualaufklärung und sexuelle Selbstbestimmung nach Afrika geflossen, ein Großteil nach Uganda.⁸ Die persönlichen Kontakte zur Politik im Land sind eng. So gelang es ihnen, eine antiemanzipatorische Ideologie und Bewegung, die ihren originären Ursprung im Westen hat, als »dekolonial« zu kodieren. Diese christlich-konservativen Netzwerke stehen in unmittelbarer Nähe zu Donald Trump.

6 Vgl. Helena Kreisensiek, »Homosexuelle werden in diesem Land nicht mehr atmen können«, taz.de, 12.3.2026.

7 Dominic Johnson, Der Traum von Afrikas Linken lebt, taz.de, 27.3.2024.

8 Vgl. Bettina Rühl, Tödlicher Hass in Uganda, fr.de, 21.3.2025.

Für die Betroffenen sind die Folgen existenziell. Sie leben im Klima permanenter Bedrohung, Angst und sozialer Isolation, die Selbstmordraten steigen, auch die Gesundheitsversorgung ist ihnen erschwert. Wer sich um eine Strafverfolgung sorgen muss, geht nicht in die Klinik. In Uganda sind einige hunderttausend Menschen mit HIV infiziert. Ihre medizinische Versorgung hing oft von der Unterstützung durch USAID ab, der unter Trump abgeschafften Behörde für internationale Hilfe der USA. US-Hilfen sollen nun »amerikanischen Interessen« dienen, die in Sachen Geschlechterordnung nicht weit von »afrikanischen Werten« entfernt sein dürften. Das trifft queere Menschen in besonderer Weise. Aber dieses Desaster globaler Gesundheitspolitik betrifft nicht nur sie, es wirkt weit darüber hinaus.

Bei solchen Entwicklungen sollte von den EU-Regierungen Gegenwehr zu erwarten sein. Dass sie sich 2023 darauf beschränkten, Uganda »ihre Besorgnis« auszusprechen, wurde im Land als Signal gewertet, dass die ungetrübten Beziehungen zu dem afrikanischen Land höheren Stellenwert genießen als die neue tödliche Rechtslage für queere Menschen. Die Abschottungspolitik in der EU läuft wiederum darauf hinaus, sich die Folgen vom Hals zu halten. So ändert die neue Rechtslage im Senegal nichts an der Einstufung als sicherer Herkunftsstaat durch die Bundesregierung. Verfolgte Queers stehen also in Deutschland vor geschlossenen Grenzen. Und nicht nur das: Auch die EU und Deutschland kürzten ihre medizinischen Hilfen, Deutschland seinen Beitrag zum globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria um 23 Prozent in den nächsten drei Jahren. Das wird Millionen von Neuinfektionen und viele tausende Tote nach sich ziehen.

»Autoritäre Akteure ›triggern‹ gezielt queerfeindliche und antifeministische Ressentiments.«

Queerfeindlichkeit als Brückenideologie

Auch in Deutschland läuft eine antifeministische und queerfeindliche Mobilisierung, die sich als Retterin des Volkszusammenhalts, Hüterin von Familienwerten und Beschützerin der Kinder inszeniert. Die unter dieser Fahne versammelten Kräfte sind alles andere als homogen. Unverwässert ist die queerfeindliche Agenda bei der AfD, die im Herbst in Sachsen-Anhalt die Parlamentsmehrheit gewinnen könnte. Das hierarchische Geschlechterideal postuliert sie in Reinform, angereichert mit Verschwörungsglauben: Der »pervers-linke, radikal feministische und individualistische Ungeist [...] zersetzt« mit seiner »perversen Regenbogenagenda« die völkisch definierte Gesellschaft.⁹ Bekanntlich schaut die AfD eher neidisch auf russländische Verhältnisse, hält Tuchfühlung zum Kreml. In der CDU/CSU wird das transatlantische Verhältnis hochgehalten. Der CDU-MdB Jürgen Hardt, immerhin außenpolitischer Sprecher seiner Fraktion, traf sich 2023 in Berlin mit Vertretern der Heritage-Foundation, ebenjenem ultrakonservativen Thinktank, der die Blaupause für Trumps Demokratieabbau und Angriff auf queere Rechte, das Project 2025, verantwortet. Hardt lobte die Gespräche und sagte, er wünsche sich mehr davon.

9 Wahlprogramm der AfD Sachsen-Anhalt, afd-lsa.de, Stand 5.3.2026.

Aktuelle Studien zeigen: Sexuelle Vielfalt ist weit weniger akzeptiert als oft angenommen.¹⁰ Queerfeindliche und antifeministische Ressentiments sind sehr verbreitet, sie verfangen in politisch-programmatisch und sozial-kulturell heterogenen, widerspruchsvollen Milieus. Sie werden von autoritär rechten und konservativen Akteuren gezielt »getriggert«¹¹ und als Brückenideologie zur Verbreitung völkischer und antidemokratischer Narrative benutzt. Dies spiegelt sich im digitalen Raum und in stark gestiegenen Zahlen physischer Anfeindungen (nicht nur) gegenüber queeren Menschen. Unter dem Kampfbegriff »Gender-Ideologie« nähren sie

»Wir müssen weltweit für all jene eintreten, die um Würde, Akzeptanz und gleiche Rechte für alle ringen.«

die Angst einer Bedrohung hegemonialer, auf klaren Herrschaftsverhältnissen und eindeutigen Identitätskategorien fußender Geschlechterideale, und stillen damit autoritäre Bedürfnisse. Wenn Antifeminismus, Antisemitismus und Queerfeindlichkeit zusammenspielen, nehmen solche Imaginationen die Gestalt geschlossener antidemokratischer und gewaltlegitimierender

Welterklärungsmodelle an, die die Erosion gesellschaftlicher Ordnung halluzinieren und als Ursache eine Verschwörung geheimer, entwurzelter und fremder Mächte (»Gender-Lobby«) ausmachen. Queere Menschen gehören zu den ersten Angriffszielen, wenn solche Ideologien praktisch werden. Sie sind deshalb die Kanarienvögel im Grubenschacht der Demokratie.

Umso irritierender ist, dass Teile des queeren, linken Aktivismus, die überall »Pink-Washing« wittern, selbst autoritäre Weltdeutungen und quasireligiöse Erweckungsmantras propagieren. Sie frönen einem selektiven Universalismus, der beispielsweise jüdische Queers aus der Solidarität exkludiert und zuallererst der identitären Selbstvergewisserung dient. So sind sie unfähig, hier Verantwortung für die Folgen des realen Kolonialismus zu übernehmen und den geistigen Erben der Missionare das Handwerk zu legen: mit einer menschenrechtsbasierten und - nicht nur der Phrase nach - internationalistischen Queerpolitik, die über verschiedene soziale bis in liberal-konservative Milieus hinein Verbündete sucht. Es gilt, die Fragilität des Erreichten bewusst zu machen und daran zu erinnern, wie es erkämpft wurde: in solidarischen und radikal emanzipatorischen Koalitionen, nicht mit dauerempörter Nabelschau und Abgrenzungsritualen eines pseudoradikalen Aktivismus.

Queers hierzulande haben wenig Grund, in eine fatalistische »Immerschlimmeritis« zu verfallen und den Kopf in den Sand zu stecken, aber viele Gründe, gemeinsam mit anderen entschlossen gegen den Backlash zu kämpfen. Denn wir sind heute sichtbarer als je zuvor, für die Mehrheit ein akzeptierter, gleichberechtigter Teil der Gesellschaft. Daraus erwächst uns eine Verantwortung. Es heißt, für die Rechte derjenigen einzutreten, denen sie hierzulande immer noch oder wieder abgesprochen werden, und für alle Queers weltweit, die noch immer oder wieder - teils unter Lebensgefahr - um Würde, Akzeptanz und gleiche Rechte ringen. ◻

10 Vgl. Der Berlin-Monitor 2025, berlin-monitor.de, 23.2.2026; Queerfeindliche Gewalt, lsbti-monitoring.berlin, Dezember 2024; Vereint im Ressentiment, Leipziger Autoritarismus Studie 2024, theol.uni-leipzig.de, November 2024.

11 Vgl. Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser, Triggerpunkte, Berlin 2024.